

English	Presse	Dialog	Service	Sitemap		
			Sie interessieren sich für: <input type="text"/> Sie besuchen uns als: <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="button" value="suchen"/>			
Sächsisch als Erfolgsprinzip		Information	Produkte	Kunden	Personal	Konzepte

> Investor Relations

> Börsennachrichten

> Basel II

> Konferenz Erneuerbare Energien

> Wirtschaftsnachrichten

> Regionen in Sachsen

> Branchen in Sachsen

- > Download
- > Erneuerbare Energien mit großen Wachstumschancen
- > Engagierte Landwirte gefragt
- > Kunststoffindustrie wächst stetig
- > Wachstumsmotor Maschinenbau
- > Auferstandenes Automobilland
- > IT-Branche wächst mit Industrie
- > Biotechnologie: Auf dem Weg zur Nummer Drei
- > Das Problem mit dem Müll
- > Hotel- und Gaststättengewerbe hofft auf Trendwende
- > Basel II im Blick
- > Transportgewerbe muss kämpfen
- > Sonne und Biomasse im Aufwind
- > Wissenschaft und Forschung mit gutem Ruf
- > Erfolg als Unternehmer
- > Branche der Himmelsstürmer
- > Ernährungsindustrie
- > Es weihnachtet sehr!
- > Mittelstand im Aufwind
- > **Baugewerbe kommt auf Normalmaß zurück**
 - > "Überkapazitäten werden abgebaut" - Interview mit Prof. Dr. Rolf Zimmermann
 - > OBAG Bautzen: "Als Unternehmer hat man Verantwortung"
 - > Joachim Dirschka: "Enthusiasten kämpfen"
 - > metaWERK AG: "Eine logische Konsequenz"
 - > "Antizyklisch studieren" - Interview mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Lewitzki
- > **Johannegeorgenstadt: "Kommunen müssen zusammenarbeiten, Staat muss sich engagieren"**
- > Langstreckenpendeln für den Job: "Irgendwann muss Schluss sein!"
- > Sächsische Bauwirtschaft

Johannegeorgenstadt: "Kommunen müssen zusammenarbeiten, Staat muss sich engagieren"

Strukturschwache Regionen in Sachsen, wie beispielsweise das Erzgebirge, der Südraum Leipzig oder die sächsische Lausitz, erhalten von der Staatsregierung in Dresden besondere Aufmerksamkeit. Seit einigen Jahren sind diese strukturschwachen ländlichen Räume und die vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebiete als „Gebiete mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE)“ ausgewiesen. Die GmbE im Freistaat haben einen Anteil von 45,3 Prozent der Fläche und 30,0 Prozent der Einwohner des Landes. Der Fokus der Unterstützung liegt hier natürlich auf der Wirtschaft, die durch Bestandspflege vorhandener Unternehmen, Neuansiedlungen und der Schaffung innovativer Wachstumskerne forciert werden soll. Eine als existenziell erkannte Verbesserung der Standortqualität wird, unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten aller Seiten, mit dem nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur und der Anbindung an überregionale Verkehrsadern voran getrieben. Das Instrumentarium dieser Unterstützung wird von der aktiven Mitarbeit der Ressorts der Staatsregierung im jeweiligen Lenkungsausschuss (Steuerungsgremium), der Installierung eines Regionalmanagements zur Bündelung und Koordinierung regionaler Projekte, Ideen und Initiativen, der Begleitung der Entwicklungsprozesse und Integration in die Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie durch Förderpräferenzen gebildet. Im Erzgebirge liegt eines der besonders benachteiligten und insofern förderungsbedürftigen Gebiete.



Bild: IOER

Das "Zentrale Erzgebirge um Johannegeorgenstadt" ist ein freiwilliger Zusammenschluss von sieben Städten und Gemeinden im Landkreis Aue-Schwarzenberg (Freistaat Sachsen) an der Grenze zur Tschechischen Republik. Das Gebiet liegt (noch) an der Außengrenze der Europäischen Union. Auf einer Fläche von 131 km² leben hier rund 22.000 Einwohner. Die Arbeitslosigkeit im Kreis liegt im Durchschnitt über der 20-Prozent-Marke, die Abwanderung der Bevölkerung ist sehr hoch. Drei Faktoren – die Randlage, das Erbe des Uranbergbaus und die wirtschaftliche Krise – haben der Region eine besonders schwere Bürde auferlegt. In solch abseits gelegenen Räumen

besteht die Gefahr, dass ein anhaltender Bevölkerungsrückgang zum Zusammenbruch wichtiger Infrastrukturen und zum sozialen und wirtschaftlichen Niedergang führt.

Seit 1997 forschen Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) in Dresden nach Wegen aus der Misere (www.ioer.de). Dem ersten Projekt unter dem Namen „Sanierungs- und Entwicklungsgebiet Uranbergbau“ folgte ab 2002 das nächste, das auf den Erkenntnissen des ersten aufbaut: „Umbau von Siedlungsstrukturen unter Schrumpfungbedingungen. Ein Modellvorhaben im Zentralen Erzgebirge um Johannegeorgenstadt“. Dabei wurde zunächst ein interkommunales Entwicklungskonzept erarbeitet. Die wichtigsten Projekte wurden in einen Sanierungs- und Entwicklungsrahmenplan aufgenommen. Seit 2002 erfolgt die Koordinierung der Zusammenarbeit durch ein Projektmanagement-Büro in Johannegeorgenstadt.

Eine Umsetzung der Erkenntnisse, die bei beiden Projekten gewonnen wurden, könnte nicht nur der Region zum Aufschwung verhelfen, sondern auch der sächsischen Bauindustrie. Denn viele der Ursachen dieser Probleme liegen in einer mangelhaften Infrastruktur bzw. unbewältigten Hinterlassenschaften des ehemaligen Uranerzbergbaus begründet. Mit **Dr. Peter Wirth**, dem Verantwortlichen für beide Projekte, hat sachsenlb.de das folgende Interview geführt.

Worin bestehen der Grund und die Aufgabe dieser Studien?

Die Gegend um Johannegeorgenstadt ist ein peripher gelegenes Gebiet, das durch den Uranbergbau der 1940er und 50er Jahre sehr stark zum Negativen verändert worden ist und zudem wirtschaftlich seit 1990 eine schwere Krise durchläuft. Es kommen letztlich drei Faktoren zusammen. Die Grenzlage, die Umweltschäden durch den Uranbergbau und die wirtschaftliche Strukturschwäche. Diese Faktoren ziehen einen enormen Bevölkerungsschwund nach sich, der die Situation wiederum erheblich beeinflusst. Das alles ergibt zusammen eine äußerst kritische Situation, die neue Perspektiven dringend erforderlich macht. Das wissenschaftliche Projekt hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Akteuren in der Region Strategien zu entwickeln, mit denen man eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region erzielen kann.



Bild: IOER

Wie kann sich eine Region aus einer solchen Lage befreien?

Die kommunalen Haushalte sind im Prinzip ausgereizt und die Frage stellt sich: Wie kann man mit dem Wenigen, das zur Verfügung steht, eine Entwicklung in Gang setzen. Eine erste Antwort ist interkommunale Kooperation, Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg. Das schafft erst einmal Größenvorteile, beispielsweise durch gemeinsam in Auftrag gegebene Gutachten, die sich eine einzelne Gemeinde nicht leisten kann. Dann muss die Region zweitens natürlich darum

in Zahlen

- > Links zum Thema
- > Krise des Handels als Chance begreifen
- > Chemieindustrie auf Wachstumskurs
- > Wellness ist angesagt
- > Wachstumsorientiertes Auslandsgeschäft
- > Energiestandort Sachsen stärken
- > Textilindustrie in Sachsen

> Newsletter

> Analysen & Studien

werben, dass der Staat sich dort besonders engagiert. Denn, und das haben wir schon in unserem ersten Forschungsbericht 2000 festgestellt: Wenn sich der Staat hier zurückzieht, entsteht eine Krisen- oder gar eine Armutsregion. Das Raumordnungsgesetz schreibt allerdings vor, dass in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden sollen. Insofern muss sich der Staat in solchen Regionen verstärkt engagieren. Das geht zum Beispiel, indem man Fördergelder nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern bewusst in Schwerpunkträume lenkt. Also: Altlasten müssten schwerpunktmäßig dort saniert werden, wo die regionale Entwicklung am meisten gehemmt ist. Ebenso muss die Verbesserung der Verkehrssituation an der Grenze angegangen werden. Kurz: die infrastrukturelle Entwicklung muss besonders stark gefördert werden.



Bild: IOER

Gibt es aus Ihren Erfahrungen generelle Problemlagen, die auch auf andere Regionen zutreffen?

Es gibt grundsätzliche Problemlagen und Lösungsansätze, die auch für andere Regionen zutreffen. So ist der Bevölkerungsrückgang ein Problem, das ganz Ostdeutschland, zunehmend aber auch Regionen im alten Bundesgebiet betrifft. Der Rückgang der Einwohnerzahlen äußert sich zuerst im Wohnungsleerstand. Wo der sich konzentriert, verwahrlosen Gebäude, es entstehen schließlich ganze Viertel, die herunterkommen. Dann folgt die geringere Auslastung von Infrastrukturen, insbesondere im sozialen Bereich, bei Schulen und Kindertagesstätten. Dann muss überlegt werden, was man in einer betroffenen Stadt noch erhalten muss an Infrastruktur – hier kommt die Kooperation mit Nachbargemeinden ins Spiel. Also die Überlegung, was können wir gemeinsam und wie erhalten. Und man versucht auch an neuen Lösungen zu arbeiten. Zum Beispiel sind grenzübergreifende Schulen mit Tschechien im Gespräch. Eine Kindergartenkooperation über die Grenze hinweg gibt es schon in Oberwiesenthal und wird auch in Johannegeorgenstadt versucht.

Die nächste Folge: Wenn Einwohner weggehen, vermindern sich die Steuereinnahmen der Gemeinden. Zudem verringert sich die Auslastung der kommunalen Einrichtungen, ohne dass deren Kosten gesenkt werden können. Das Ganze schlägt sich auf die Gemeindefinanzen nieder. Wie geht man damit um? Entschließt man sich, die Infrastrukturen, die nicht ausgelastet sind, still zu legen, kann das in eine Abwärtsspirale münden: Die Lebensverhältnisse verschlechtern sich weiter, noch mehr Menschen kehren der Heimat den Rücken, noch schwieriger wird es für die Kommunen. Hier kommt es darauf an, Alternativen zu finden. Das betrifft übrigens nicht nur die soziale Infrastruktur, sondern auch die technischen Netze, zum Beispiel die Fernwärme, die teilweise nur zu 50 Prozent ausgelastet ist, aber dieselben oder sogar höhere Kosten für die Netzunterhaltung verursacht. Ein weiterer Zusammenhang ergibt sich aus der Überalterung der Bevölkerung. Es entsteht eine veränderte Nachfrage der Infrastruktur. Es ist ein Unterschied, ob die Einwohner lieber Spielplätze haben wollen oder Bänke und Spazierwege für Rentner. Eine Forschergruppe des IÖR versucht, diese Problemfülle komplex abzubilden und für die wichtigsten Bereiche auch Lösungen anzubieten. Allerdings wird es kaum möglich sein, die Lösungsansätze zu pauschalisieren. Jede Region wird hier ein eigenes Konzept entwickeln müssen.

Welche konkreten Schritte müssen getan werden?

Tendenzen sind schon zu erkennen, beispielsweise die der so genannten Perforation des Stadtbildes. Es gibt in Johannegeorgenstadt Stadtgebiete, die in den 50er Jahren geschlossen als Bergarbeitersiedlungen aufgebaut worden sind. In einigen ist gerade noch die Hälfte der Wohnungen belegt. Daraus folgt die Frage: Was wird aus so einem Gebiet? Das erste: man braucht ein Stadtentwicklungskonzept. Wie gestaltet man die Siedlung so um, dass sie für die verbliebenen Menschen noch attraktiv bleibt? Ohne Umgestaltungsmaßnahmen kann daraus ein soziales Problemgebiet entstehen, weil nur diejenigen dort bleiben, die keine Alternativen haben. Mit dem Programm Stadtumbau Ost, das vom Bund als Förderprogramm für Ostdeutschland eingerichtet worden ist, können entsprechende Konzepte erstellt und Maßnahmen gefördert werden.



Bild: IOER

In unser Projekt integriert ist zudem eine städtebaulich-landschaftsplanerische Studie von Mitarbeitern der TU Dresden, um für ein Stadtgebiet, das besonders stark durch den Rückbau der Wohnsubstanz gekennzeichnet ist, leitbildhafte Gestaltungsentwürfe zu erstellen. Auf die Resultate sind wir gespannt und ich kann noch keine Ergebnisse vorwegnehmen. Man kann einen Stadtteil natürlich auch ganz abreißen. Der Johannegeorgenstädter Ortsteil Neuoberhaus ist Anfang der 90er Jahre beispielsweise abgerissen und aufgeforstet worden. Das ist natürlich nur dort möglich, wo es auch die Rahmenbedingungen zulassen. In Neuoberhaus war das komplette Baugebiet in kommunalem Eigentum. Mit anderen Gebieten in Johannegeorgenstadt würde man gern auch so verfahren, aber die Mischung aus Kommunal-, Privat- und Treuhandigentum lässt das einfach nicht zu.

Kann man die Erfahrungen aus Johannegeorgenstadt auf Großstädte übertragen?

Es gibt auf der Quartiersebene zwar ähnliche Tendenzen, aber ich sehe einen generellen Unterschied zwischen Groß- und Kleinstadt darin, dass bei dem Abwanderungsprozess in Großstädten die Leute ins Umland abwandern. Die meisten bleiben damit also der Stadt als „Kunden“ für die Infrastruktur erhalten. In den peripheren Gebieten haben wir im Augenblick eine sehr starke Tendenz, dass die Leute der Region gänzlich den Rücken kehren. Sie sagen sich: In der Kreisstadt sieht es auch nicht besser aus, da kann ich gleich nach Chemnitz, Leipzig oder in den Westen gehen. Da fällt der Nutzer von Infrastruktur ganz weg. Insofern sind dort die peripheren Räume besonders stark von der Ausdünnung betroffen.

Der Prozess in Johannegeorgenstadt läuft nun schon längere Zeit. Es hat viele gute Beispiele gegeben, dass die Zusammenarbeit alle ein Stück weiter gebracht hat. Auch in der

Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. In einer neuen Initiative haben jetzt zwölf deutsche und zwölf tschechische Gemeinden im Grenzgebiet des zentralen Erzgebirges eine Kooperation begonnen. Auch hierzu sind wir im IÖR zum Beispiel mit dem Projekt „Enlarge-Net“ aktiv, das die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen von tschechischen, polnischen und deutschen Städten und Regionen für eine nachhaltige Entwicklung über die Grenzen hinweg unterstützt.

© OTTONIA Media GmbH

© Copyright 2001 Sachsen LB, Humboldtstraße 25, D - 04105 Leipzig
Impressum | Datenschutz | Kontakt

Sächsisch als Erfolgsprinzip	Information	Produkte	Kunden	Personal	Konern
------------------------------	-------------	----------	--------	----------	--------